



Innen- und Rechtsausschuss des
Landes Schleswig-Holstein
Frau Vorsitzende Barabara Ostmeier
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Hopfenstraße 47
24103 Kiel

Telefon: 0431-53557914
Fax: 0431-53557920

E-Mail: info@komba-sh.de
Internet: www.komba-sh.de

Kiel, d. 01. April 2021

**Stellungnahme zum Alternativantrag der Fraktion der SPD (Drucksache 19/2641)
Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und
Rechtsextremismus sein**

Sehr geehrte Frau Ostmeier, sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zu dem o.g. Antrag.

Als komba gewerkschaft sprechen wir uns gegen Rassismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus. Unser und das Selbstverständnis unserer Mitglieder ist es, für eine plurale Gesellschaft einzutreten und Vielfalt als Mehrwert zu verstehen. Als Fachgewerkschaft im deutschen beamtenbund ist uns bewusst, dass der öffentliche Dienst eine besondere Verantwortung trägt. Ihm obliegt das Gewaltmonopol über die Ausführung der Gesetze in Deutschland. Unabhängig von politischen Einflüssen und Gesinnungen ist er nur Recht und Gesetz unterworfen. Durch Amtseid oder Erklärung verpflichten sich die Mitarbeitenden deshalb zur Wahrung der Rechtsordnung in unserem Land.

Wir sind davon überzeugt, dass die Mitglieder der komba schleswig-holstein und die überwältigende Mehrheit der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst nach diesem Leitmotiv handeln und täglich ihren Dienst für unser Land leisten. Durch die im Alternativantrag vorangestellte Bitte, das Werteverständnis der Mitarbeiter*innen in sämtlichen Landesbehörden zu untersuchen, könnte der Eindruck entstehen, dass die oben beschriebene Motivation grundsätzlich in Frage gestellt wird. Dies sollte unbedingt vermieden werden. Auch ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der öffentliche Dienst im Rahmen der von den jeweiligen Parlamenten vorgegebenen Gesetzen handeln muss und es daher auch Einzelfallentscheidungen geben kann, wo der Vorwurf von Rassismus unberechtigter Weise auftauchen könnte.

Als Beispiel kann die Vorgehensweise der Polizei und der Verwaltung für Handlungen nach dem Asylgesetz dienen.

Dennoch können auch wir nicht ausschließen, dass es im Einzelfall zu Rassismus, rassistischem Handeln oder anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kommt oder kommen kann. Als komba schleswig-holstein begrüßen wir daher die Initiative einer unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchung in sämtlichen Landesbehörden.

Dabei sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Bei der zu beauftragenden wissenschaftlichen Einrichtung muss es sich um eine unabhängige Stelle handeln, die trotzdem ein Verständnis für die Funktions- und Arbeitsweise des öffentlichen Dienstes aufbringt. Dabei darf der Fokus nicht nur auf Problembereichen liegen. Das Ergebnis muss eine Betrachtung zulassen, die die Situation in der gesamten Landesverwaltung widerspiegelt und ins Verhältnis setzt.
- Wesentlicher Schwerpunkt sollte auf der Untersuchung der Methoden zur Stärkung der Mitarbeitenden gegen menschenverachtende Verhaltensweisen liegen. Bisherige Maßnahmen und deren Wirkung sollten Berücksichtigung finden. Ggf. notwendige Handlungsfelder zu einer wirkungsvolleren Sensibilisierung und Stärkung der Mitarbeitenden in der Landesverwaltung sind aufzuzeigen.

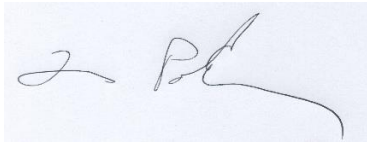
Wir sehen in der Untersuchung ebenfalls eine Chance, das Vertrauen in einen diskriminierungs- und vorurteilsfreien öffentlichen Dienst und seine Mitarbeitenden zu stärken.

Wir möchten an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass neben der Untersuchung der Motivlagen und Methoden weitere Instrumente zu einer Reduzierung der o.g. Risiken führen können. So ist es unsere feste Überzeugung, dass eine starke Mitarbeiterbindung und hohe Arbeitszufriedenheit wesentliche Säulen einer frei von Einflüssen begründeten unabhängigen Aufgabenerledigung sind. Auch politisches Handeln trägt hierzu bei und muss durch Wertschätzung und Verbindlichkeit geprägt sein. Personaleinsparungen, Arbeitszeiterhöhungen, Streichung von Gehaltsbestandteilen und nicht eingehaltene Zusagen hatten hier sicher keinen positiven Einfluss.

Abschließend geben wir aber auch zu bedenken, dass das Thema Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist und nicht nur den öffentlichen Dienst alleine betrifft.

Für weitere vertiefenere Erläuterungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink on a light blue background. The signature is stylized, starting with a large 'J' and ending with a long, sweeping horizontal line.

(Jens Paustian)

-Geschäftsführer-